

Brigitte Kratzwald

Zukunftsfähiges Wirtschaften jenseits von Markt und Staat

Steht bei den Diskussionen um Armut und Armutsbekämpfung meist die Umverteilung des materiellen Reichtums oder die Schaffung von Arbeitsplätzen im Mittelpunkt, so stellt sich Armut aus der Perspektive der Commons viel eher als Armut an Beteiligungschancen, Zugangsrechten und Entfaltungsmöglichkeiten dar. Es geht darum, Menschen die Möglichkeit zu geben, ihr Leben gemeinsam mit anderen selbst in die Hand zu nehmen.

Was haben denn Commons nun mit Armutsbekämpfung zu tun? Diese Frage war auch am letzten Tag der Armutskonferenz 2012 für viele nicht ausreichend beantwortet. Die Verwirrung ist durchaus verständlich, liegen doch die Commons quer zu allen anderen Diskussionen um soziale Ungleichheit, Armutsvermeidung und -bekämpfung in der EU (das trifft nicht im gleichen Ausmaß für die sogenannten Entwicklungsländer zu). Auch wenn Armut inzwischen nicht mehr ausschließlich finanziell definiert wird, so geht es im Grunde doch immer um Umverteilung des in Form von Geld vorhandenen gesellschaftlichen Reichtums. Die Vorschläge reichen von Jobbeschaffungsmaßnahmen und Mindestlöhnen über Vermögenssteuern bis zum bedingungslosen Grundeinkommen. Die Forderungen wenden sich folglich an den Staat, an die Un-

ternehmen oder an „die Reichen“ allgemein. Es ist grundsätzlich nichts falsch an der Forderung nach Verteilungsgerechtigkeit, sie ist aber nicht emanzipatorisch, solange sie unser Wohlergehen von Handlungen anderer abhängig macht. Als Ergänzung dazu ist es also sinnvoll, zu überlegen, wie diese Abhängigkeit reduziert werden kann.

Dafür reicht es nicht, erst in den Verteilungsprozess einzugreifen, sondern es muss auch die Frage gestellt werden, wie, was und von wem produziert wird. So werden zwei wichtige Aspekte sichtbar, die durch den Fokus auf Umverteilung verstellt werden: der Reichtum jenseits der Kaufkraft, die Fülle an Fähigkeiten und Ressourcen, die – gerade in unseren reichen Gesellschaften – im Überfluss vorhanden sind und nur sichtbar und zugänglich gemacht werden müssen, sowie das Vertrauen in die Fähigkeit der Menschen, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen und nicht auf die Erfüllung politischer Forderungen zu warten. Dann gilt es, ihnen die Mittel dazu zugänglich zu machen und die Bedingungen dafür zu schaffen. Aus der Commons-Perspektive ist Armut eher eine Armut an Beteiligungschancen, Zugangsrechten und Entfaltungsmöglichkeiten als Armut an finanziellen Ressourcen.

Ja, sollen wir denn die Politik aus der Verantwortung entlassen? So lautet die Standardfrage, spricht man davon, das „Leben selbst in die Hand zu nehmen“. Ich würde es umgekehrt sagen: Einerseits hat sich die Politik längst selbst aus der Verantwortung gestohlen, indem sie sich bereitwillig der Logik der Finanzmärkte untergeordnet hat, andererseits gelangen wir auf eine ganz andere Ebene des Umgangs mit Politik und Verwaltung, wenn wir unser Leben selbstbestimmt gestalten.

Commons sind keine Dinge!

Vor der weiteren Erkundung dieser Thematik ist aber eine kurze Begriffsbestimmung angebracht. Commons, so viel muss klar sein, sind keine Dinge. Sie sind nur vorhanden, wenn es Menschen gibt, die sie herstellen, pflegen und gemeinsam nutzen. Solche Menschen werden auch Commoners genannt. Commons sind Vereinbarungen darüber, wie Menschen mit Ressourcen – materiellen oder immateriellen – umgehen. Nicht an der Ressource entscheidet sich, ob etwas ein Commons ist, sondern daran, wie damit umgegangen wird: Ob Menschen sich abstimmen, Regeln für die Nutzung entwickeln, dafür Sorge tragen, dass

die Ressource nicht übernutzt wird, was etwa bei Wald, Wasser oder Fischbeständen passieren kann, aber auch nicht durch Nichtnutzung verschwindet, was bei Musik ebenso der Fall sein kann wie bei der gemeinsam genutzten Waschmaschine im Siedlungshaus, sobald alle ihre eigene im Badezimmer stehen haben. Es handelt sich also um soziale Beziehungen zwischen Menschen in Bezug auf Dinge (vgl. Helfrich 2012).

Das Recht auf Nutzung der Commons – Existenzsicherung und Menschenwürde

In der Magna Charta wurde 1215 das erste Mal das Recht auf Nutzung der Commons niedergeschrieben. Sie beendete eine Reihe von sozialen Unruhen und Kämpfen infolge der Eroberung Englands durch die Normannenkönige und regelte das Verhältnis der verschiedenen Stände untereinander. Darin wurden auch erstmals die prinzipielle Gleichheit aller Menschen und ihr Recht auf Unversehrtheit anerkannt. Damit diejenigen, die kein eigenes Land besaßen – in einer feudalen Gesellschaft der Großteil der Bevölkerung – ebenfalls in diese politischen Freiheitsrechte einbezogen werden konnten, wurde ihre Existenz durch das Recht auf Nutzung des Landes von Adel und König für die Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse abgesichert: Sie durften ihr Vieh auf die Weide führen, Lebensmittel anbauen, Holz zum Bauen und Heizen sowie Kräuter aus dem Wald holen. Wer wann was nutzen durfte war in einem weiteren Gesetzesakt, der Charter of the Forests, bis ins Detail festgelegt. Diese garantierte auch, dass Wald und Weide nicht übernutzt wurden. Das Recht auf Commons setzte der formal absoluten Macht des Königs über seine Untertanen de facto Grenzen – wer in der Lage ist, sich selbst zu versorgen, kann sich willkürlicher Herrschaft leichter entziehen oder widersetzen. Es schränkte aber auch die Verfügungsmacht der Grundeigentümer ein, weil sie die Nutzungsrechte anderer respektieren mussten (vgl. Linebaugh 2008). Auf das heutige Politikverständnis umgelegt, verband das Recht auf Nutzung der Commons soziale, ökonomische, ökologische und menschenrechtliche Aspekte. In Reaktion auf die Einschränkung der Macht und der Nutzungsmöglichkeiten brachen die Grundbesitzer jedoch häufig das Gesetz, indem sie ihr Land einzäunten, um es zum Jagen zu nutzen. Von daher stammt der Begriff der „Einhegung“ der Commons, der heute auch im übertragenen

Sinn für eine Einschränkung von Nutzungsrechten und die Umwandlung von Commons in Waren verwendet wird. Es gab immer wieder Auseinandersetzungen um die Rechte der Commoners, bis schließlich im Zuge der Durchsetzung des Kapitalismus ein Großteil der ursprünglichen Commons eingehegt wurde, wenn auch nicht ohne die aus der Geschichte bekannten Widerstände.

Die Arbeiter_innenbewegung entwickelte jedoch immer wieder neue Commons, etwa die ersten Formen selbstorganisierter Krankenversicherung, Einkaufs- und Produktionsgenossenschaften. Formen des Commoning finden sich zudem in den Räterepubliken zu Ende des Ersten Weltkriegs und in der Wiener Siedlerbewegung. Hier nahmen die Menschen aus einer konkreten Notlage heraus brach liegendes Land in Besitz, nutzten es zum Anbau von Lebensmitteln und zum Bau von Wohnungen, gründeten Genossenschaften und waren sehr erfolgreich in der selbstorganisierten Absicherung ihrer Existenz, bis die soziale Wohnbaupolitik des Roten Wien dieser Selbstorganisationspraxis ein Ende setzte (vgl. Exner/Kratzwald 2012, S. 54 ff.).

Erst durch die fordistische Industrialisierung und die Umsetzung sozialstaatlicher Reformen nach dem Zweiten Weltkrieg mit ihrer enormen Wohlstandsteigerung auch für die Arbeiterklasse setzte sich dieses Modell, Lohnarbeit plus staatliche Umverteilung, als gesellschaftliche Norm durch. Als beste Garantie für Existenzsicherung und Grundrechte galt nunmehr das Privateigentum, dessen Erwerb durch den steigenden Wohlstand für alle möglich werden sollte. Die vom Staat organisierte soziale Absicherung in Verbindung mit sozialen Dienstleistungen wurde als Fortschritt gegenüber der Selbstorganisation angesehen.

Im Grunde handelte es sich dabei um eine „Verstaatlichung“ der Commons, die gut funktionierte, solange die Wirtschaft florierte. Soziale Rechte ergänzten die politischen und bürgerlichen Rechte, damit auch Menschen mit wenig Einkommen und ohne Vermögen diese in Anspruch nehmen und so ein gewisses Maß an Unabhängigkeit bewahren konnten. Die Idee sozialer Rechte als Ergänzung zu den Grundrechten folgte eigentlich der gleichen Absicht wie das Recht auf Commons in der Magna Charta. Allerdings wurde die Kontrolle über die Existenzsicherung an den Staat übertragen, er garantiert die sozialen Rechte, anders als in der Magna Charta, wo auch der König unter dem Recht stand. Zudem wurde die Existenzsicherung an Lohnarbeit und Steuergelder

und damit an Wirtschaftswachstum gekoppelt – mit dem Effekt, dass sie genau dann nicht verfügbar ist, wenn sie am meisten gebraucht wird. Es entwickelte sich jenes Modell des paternalistischen Sozialstaates, der soziale Absicherung an angepasstes Verhalten bindet und Menschen zu passiven Wohlfahrtsempfänger_innen macht. Häufig ist es so, dass mit der Inanspruchnahme sozialer Rechte (Arbeitslosengeld, Sozialhilfe) politische Grundrechte verweigert werden, wie die freie Wahl des Berufs oder Wohnortes.

Erst Jahrzehnte später wurden die negativen Auswirkungen dieses Wirtschaftsmodells spürbar und die Tatsache, dass der Wohlstand weniger nur aufgrund massiver Ausbeutung anderer Länder und natürlicher Ressourcen möglich war, konnte nicht mehr verleugnet werden. Lange gab man sich der Illusion hin, es handle sich dabei um ein Problem schlechter Umsetzung und ungenügender Durchsetzung der Idee des westlichen Wirtschaftsmodells, bevor durch die vielfältigen Krisen der letzten Jahrzehnte klar wurde, dass diese Probleme systemimmanent sind. Seither wird wieder über andere Formen der Organisation von Gesellschaft nachgedacht und dabei rücken die Commons ins Blickfeld. Natürlich kann es nun nicht darum gehen, alles Bestehende abzuschaffen und eine Praxis aus früheren Zeiten modellartig zu kopieren. Vielmehr gilt es, herauszufinden, welche Anregungen wir von der Idee der Commons für den Umbau unserer Gesellschaft bekommen können und was wir heute als Commons behandeln wollen. Dafür ist es notwendig, sich genauer anzusehen, wie und nach welcher Logik Commons funktionieren und welche Organisationsformen dafür benötigt werden.

Institutionen für die Nutzung von Commons – Demokratie und Teilhabe

Die meisten Erkenntnisse über das Wie der Organisation von Commons verdanken wir der Commons-Forscherin Elinor Ostrom und ihren Kolleg_innen vom Vincent und Elinor Ostrom Workshop in Political Theory and Policy Analysis an der Indiana-Universität in Bloomington. Dort wurden Hunderte von Commons untersucht, sehr alte und erst in den letzten Jahrzehnten entstandene, erfolgreiche und gescheiterte. Die dabei gewonnenen Erkenntnisse hielt selbst das Nobelpreiskomitee für wichtig genug, um Ostrom 2009 als erster Frau den Wirtschaftsnobelpreis zuzusprechen (vgl. Ostrom 1999).

Ostrom wollte mit ihrer Forschung vor allem dem Menschenbild vom „egoistischen Nutzenmaximierer“ und den daraus folgenden vereinfachenden Verhaltensmodellen der Wirtschaftswissenschaft etwas entgegensetzen. Ihre Befunde waren eindeutig: Menschen handeln nicht immer egoistisch. Sie reden miteinander, sie stimmen sich ab, sie kooperieren und machen dabei die Erfahrung, dass es allen besser geht, wenn sie Ressourcen gemeinsam nutzen, wenn sie das, was sie brauchen, gemeinsam herstellen und nicht miteinander um das beste Stück vom Kuchen konkurrieren. Menschen müssen also ihre eigenen Bedürfnisse nicht zurückschrauben, sie müssen nicht auf etwas verzichten, damit andere mehr haben. Vielmehr es ist möglich, Regeln zu finden, die Vorteile für alle bringen.

Denn die zweite wichtige Erkenntnis war, dass Commons kein unregelter Raum sind, wo jede_r machen kann was sie_er will. Commons haben Regeln, oft sogar sehr komplexe. Das Besondere daran ist jedoch, dass diese Regeln nicht von einer Regierung verordnet sind, sondern von den betroffenen Menschen selbst gemacht. Auch die Überwachung ihrer Einhaltung erfolgt durch die Commons selbst. Für den Fall von Konflikten, die natürlich auch in Commons auftreten, gibt es eigene, für alle leicht zugängliche Konfliktlösungsmechanismen. So können Menschen Vertrauen zueinander entwickeln, was eine wichtige Voraussetzung für das Funktionieren von Commons darstellt.

In Commons geht es nicht um Profit oder eine Steigerung des Wirtschaftswachstums und neue Jobs. Hier wird entsprechend den Bedürfnissen der Menschen produziert und nur für die Befriedigung dieser Bedürfnisse. Die Begabungen und Fähigkeiten aller Menschen sind dafür notwendig und erwünscht, nicht wie heute, wo viele Menschen oft daran gehindert werden, ihre Fähigkeiten einzubringen – entweder weil sie nicht konkurrenzfähig sind oder einfach, weil es kein Geld gibt, um diese Tätigkeiten zu bezahlen, und unbezahlte Tätigkeiten nicht für die Existenzsicherung taugen. Da Ressourcen gemeinsam produziert und genutzt werden, stehen die Menschen in den Commons auch nicht ständig in Konkurrenz zueinander, sondern sie kooperieren, sie stimmen sich ab und es entstehen unterstützende Beziehungen, in denen der Vorteil des einen auch der Vorteil der anderen ist. Und schließlich ist auf diese Weise eine nachhaltige Nutzung von Ressourcen möglich, denn die Regeln müssen an die Eigenschaften der Ressource und die konkrete Situation angepasst sein. Commons, so sagte Ostrom, funktionieren überall. Aber sie funktionieren überall anders und sie brauchen commonsfreundliche Bedingungen.

Solche Bedingungen können weder durch den Markt noch durch den Staat allein hergestellt werden. Erfolgreiche Commons-Regelungen sind durch eine große Institutionenvielfalt gekennzeichnet, die den Dualismus von Markt und Staat aufbricht, was jedoch nicht bedeutet, dass der Staat keinerlei Funktionen mehr hat. Damit Commons gedeihen können, ist zumindest ein Minimum an Anerkennung durch den Gesetzgeber erforderlich, es braucht die Freiräume, in denen Menschen sich selbst organisieren können. Staatliche und kommunale Institutionen können jedoch in vielfältiger Weise unterstützend in Commons wirken. Sie können Infrastruktur zur Verfügung stellen, Mediation oder Bildungsangebote bereitstellen, einen finanziellen Beitrag leisten oder sogar die treuhändische Verwaltung von Infrastruktur oder Dienstleistungen übernehmen – all das aber nur im Auftrag und unter der Kontrolle der Bürger_innen und auf Augenhöhe mit ihnen (vgl. Kratzwald 2012: 82 f.). Bürger_innen werden dann von „Kund_innen“ oder „Klient_innen“ zu gleichberechtigten Akteur_innen, die ihre Lebenswelt selbst gestalten, und zwar ausgehend von folgenden Fragen: Was brauchen wir? Welche Ressourcen stehen uns zur Verfügung – natürliche Ressourcen, produzierte Güter, menschliche Fähigkeiten, Zeit usw. – und wie können wir mit diesen so umgehen, dass wir unsere Bedürfnisse optimal erfüllen können? Aus der jeweiligen Ausgangssituation gilt es, die Kombinationen von Selbstorganisation, öffentlichen Einrichtungen und lokalen Märkten zu finden, die für den konkreten Fall am besten geeignet ist. Für den ländlichen Raum kann etwa eine Energiegenossenschaft, die Energie mit regional verfügbaren Ressourcen produziert und die allen Nutzer_innen die Möglichkeit zur Beteiligung bietet, eine gute Lösung sein. Für große Städte könnte es besser sein, wenn weiterhin die Stadtregierung die Infrastruktur verwaltet, allerdings nicht nach Belieben darüber verfügen kann. So fordert etwa der Berliner Energietisch (vgl. Berliner Energietisch o. J.), ein Zusammenschluss mehrerer zivilgesellschaftlicher Organisationen, dass die Stadt Berlin die Energieversorgung wieder selbst übernehmen soll, allerdings unter wesentlich mehr Mitsprache der Bürger_innen, was z. B. den Umstieg auf erneuerbare Energie oder die Preisgestaltung betrifft, sodass nicht der Profit, sondern ökologische und soziale Aspekte bei der Energieproduktion im Zentrum stehen. Nachdem der Senat den Gesetzesvorschlag des Energietisches abgelehnt hat, wurde mit einem erfolgreichen Volksbegehren im Mai/Juni 2013 ein Volksentscheid erzwungen, der im November 2013 durchgeführt wird und dessen Ergebnis für

die Stadtregierung bindend ist. Ähnliche Initiativen gibt es auch in anderen Städten, etwa für die Wasserversorgung (vgl. Berliner Wassertisch o. J.). Ein Problem taucht immer wieder auf, wenn wir heute versuchen, uns auf das Konzept der Commons zu beziehen: Eine geeignete Rechtsform fehlt; wir müssen jedes Mal neu überlegen, welche der bestehenden Rechtsformen am besten geeignet ist, die gewünschten Ziele zu erreichen. Der Vizebürgermeister von Neapel Alberto Lucarelli meint, es bräuchte eine Rechtsform für öffentliche Güter¹, die besonders auf deren Unveräußerbarkeit abzielt, und eine Finanzierungsform, die sie unabhängig vom Wirtschaftswachstum macht (vgl. Lucarelli 2012). Heute hat sich eine Form des ausschließenden Privateigentums etabliert, die dem_der Eigentümer_in die volle Verfügungsgewalt über sein_ihr Eigentum zugesteht, er_sie kann es horten, zerstören, verkaufen, auch wenn andere es brauchen würden. Notwendig wäre eine Unterscheidung zwischen Eigentum und Besitz. Letzterer gesteht einem Menschen das Recht zu, etwas zu nutzen, solange er es braucht. Benötigt er es nicht mehr, kann es jemand anderer nutzen. Besitzrechte kombiniert mit unterschiedlichen Nutzungsrechten sind für die Organisation von Commons unerlässlich.²

Jenseits von Markt, Staat und Privateigentum

Ausgehend von diesen Merkmalen der Commons und den Bedingungen für ihr Gedeihen können wir uns nun wieder der Frage zuwenden, was Commons zu der notwendigen sozialen Transformation beitragen können. Eine solche Transformation muss tiefer ansetzen als Armutsbekämpfung, die nur Symptome kuriert. Es sind vor allem zwei Widersprüche, die innerhalb des bestehenden Systems nicht lösbar sind: Der zwischen Nord und Süd – das „Entwicklungsparadigma“, also die Idee, alle Menschen könnten so leben wie in den Industriegesellschaften, ist eindeutig als gescheitert anzusehen, diese Form des Reichtums ist nicht für alle Menschen möglich – und der zwischen der ökolo-

¹ Der wesentliche Unterschied zwischen Commons und öffentlichen Gütern liegt in der Kontrolle über diese Dinge. Wird „öffentlich“ mit „staatlich“ gleichgesetzt, sodass Regierungen nach Belieben über diese Güter, Dienstleistungen und Infrastrukturen verfügen können, oder handelt es sich um einen Öffentlichkeitsbegriff, der sich auf die Bürger_innen als Besitzer_innen und Verfügungsberechtigte bezieht, in deren Auftrag Regierungen als Treuhänder agieren? Zur Frage öffentlicher Güter und Commons vgl. Kratzwald 2012.

² Zur Entwicklung des Eigentumsbegriffes siehe Nuss 2006.

gischen und der sozialen Frage. Sinkt das Wirtschaftswachstum, dann steigt die Armut, wächst die Wirtschaft, so ist das schlecht für Umwelt und Klima. Die Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch ist ebenfalls gescheitert. Für beide Dilemmata bieten Commons geeignete Lösungsansätze, nicht nur als Utopien für die Zukunft, sondern durchaus auch als bereits existierende Praxisformen.

Zahlreiche Menschen in den derzeit boomenden Initiativen für ein Leben jenseits der Wachstums- und Konsumgesellschaft sind nach herkömmlichen Maßstäben „arm“. Viele sind Hartz-IV- bzw. ALG-Bezieher_innen oder sogenannte neue Selbstständige in finanziell unsicherer Situation. Wer sie trifft, spürt jedoch Begeisterung, Engagement, Zufriedenheit, Optimismus, Selbstbewusstsein. Sie alle haben in ihrem Leben einen Sinn gefunden, sie haben etwas, wofür es sich zu leben lohnt, sie haben ein soziales Netzwerk sowie vielfältige soziale Praktiken des Teilens und gemeinsam Nutzens, die die finanziellen Einschränkungen mehr als wettmachen.

Commons sind heute sicher kein Ersatz für Lohnarbeit und staatliche Umverteilung, sie machen uns aber weniger abhängig davon und bringen uns in eine bessere Verhandlungsposition, weil wir nicht nur in monetären Werten rechnen können, sondern erkennen, dass die Ressourcen für ein gutes Leben wesentlich vielfältiger sind. Solche Praktiken sind bereits jetzt ein Mittel, um Menschen von Bittsteller_innen zu Akteur_innen ihres Lebens zu machen.

Dazu kommt, dass die Commons-Perspektive sich gut mit anderen Forderungen und Vorschlägen verknüpfen lässt. Ein bedingungsloses Grundeinkommen etwa könnte die Rahmenbedingungen für Commons-Initiativen enorm verbessern. Und wenn man die Möglichkeiten der Commons schon mitbedenkt, dann könnte ein Grundeinkommen neben monetären auch nicht-monetäre Elemente wie Energie, Wohnraum oder Bildungsmöglichkeiten, Zugang zu Land oder Ähnliches enthalten. Eine deutliche Verkürzung der Arbeitszeit würde die Zeit, die für Selbstorganisation zur Verfügung steht, wesentlich erhöhen. Weil mehr Dinge jenseits des Marktes bereitgestellt werden könnten, wäre es auch möglich, von der Forderung nach vollem Lohnausgleich (zumindest für Bezieher_innen höherer Einkommen) abzurücken, ohne die Lebensqualität aufs Spiel zu setzen.

Man kann also sofort beginnen, bessere Rahmenbedingungen für Commons zu schaffen, wenn der politische Wille dazu besteht. Beispiele dafür gibt es

viele. Bürger_innenhaushalte (vgl. zum Beispiel Bürger_innenhaushalt Wuppertal o. J.), offene Werkstätten, die von der Kommunalverwaltung kostenlos zur Verfügung gestellt werden³, eine Kulturflatrate, fahrscheinfreier öffentlicher Verkehr⁴, wenn auf der Webseite der Stadt nicht nur Informationen über den öffentlichen Verkehr, sondern auch gleich die Plattform für Fahrgemeinschaften angeboten wird. Häufiger jedoch werden Menschen bei der Selbstorganisation Steine in den Weg gelegt. Derzeit entstehen etwa viele Initiativen rund um Nahrungsmittelproduktion, wo sich Konsument_innen mit Produzent_innen zusammenschließen, um eine kleinstrukturierte, biologische Landwirtschaft zu unterstützen (vgl. z. B. Solidarische Landwirtschaft o. J. oder Foodcoops o. J.). Häufig genug machen Regierungen, internationale Handelsverträge oder Unternehmen ihnen das Leben schwer, indem etwa Vorschriften für die Lebensmittelindustrie auf die Verteilstellen angewendet werden sollen oder sie der Steuerhinterziehung durch Schwarzarbeit bezichtigt werden. Dabei besteht genau hier der Unterschied zwischen dem Markt und Commons: In einem globalen Markt, der von transnationalen Konzernen dominiert wird, braucht es starke Konsument_innenschutzmaßnahmen. Ein selbstorganisiertes Nahrungsmittelkollektiv kann sich seine Regeln selbst geben, weil alle Beteiligten sich gegenseitig kennen und vertrauen. Die Regeln enthalten dann nur das, was für diese eine Kooperative wichtig ist, und müssen nicht den ganzen Ballast global notwendiger Regulierungen mitschleppen.

Commons brauchen Institutionen, die Kooperation und Mitbestimmung leicht machen und sie brauchen eine Kultur der respektvollen Kommunikation, der Ebenbürtigkeit und Fehlerfreundlichkeit. Beides ist in unserer Gesellschaft wenig verbreitet, daher entsteht der Eindruck, Commons herzustellen sei besonders schwierig. Wo aber entsprechende Rahmenbedingungen existieren, gibt es zahlreiche gut funktionierende Beispiele, derzeit noch verstärkt im ländlichen Raum, vermutlich weil hier die Tradition lebendiger und das soziale Netzwerk häufiger intakt ist. Aber auch in migrantischen Communitys in den Städten sind solche Praktiken zu beobachten, sie werden je-

³ Ein Beispiel ist das „Offene Technologielabor“ OTELO, wo die Stadtregierung Räume für die Selbstorganisation der Bürger_innen bereitstellt, in denen Werkstätten, ein Umsonstladen sowie ein freies Radio ihren Platz gefunden haben und auch Veranstaltungen durchgeführt werden können. <http://www.otelo.or.at> [10.09.2013].

⁴ Dieser wird beispielsweise in der Stadt Tallinn praktiziert (vgl. Anwar 2013).

doch eher als Mangel an Integrationswillen kritisiert, denn als emanzipatorische Praxis gelobt.

Auf lange Sicht kann es heute wohl kaum einen Zweifel daran geben, dass die Art, wie wir in den vergangenen 50 Jahren unsere Gesellschaft organisiert haben, nicht mehr lange fortschreibbar ist. Weiterhin zu glauben, durch mehr Wachstum und mehr Jobs, durch Vermögenssteuern und Mindestlöhne könne innerhalb unseres derzeit bestehenden Wirtschaftssystems den vielfältigen Krisen begegnet werden, könnten Hunger und Armut beseitigt und die ökologischen Probleme gelöst werden, ist eine Illusion. Ein_e Realist_in ist in einer solchen Situation, wer versucht, über das Bestehende hinaus Neues zu denken. Commons ermöglichen eine solche Vision für eine zukunftsfähige Organisation von Gesellschaft, eben weil sie schon innerhalb dieses Systems möglich sind, aber klar darüber hinausweisen. Wer heute die Weichen für morgen stellen will, kommt an den Commons nicht vorbei.

LITERATUR

- ANWAR, ANDRÉ (2013): Wer in Tallinn lebt, fährt gratis mit Öffis. In: Der Standard, 5. April 2013. <http://derstandard.at/1363707098646/Wer-in-Tallinn-lebt-fahrt-gratis-mit-Oeffis>, 10.09.2013.
- BERLINER ENERGIETISCH (O. J.): <http://berliner-energetisch.net/>, 10.09.2013.
- BERLINER WSSERTISCH (O. J.): <http://berliner-wassertisch.net/>, 10.09.2013.
- BÜRGER_INNENHAUSHALT WUPPERTAL (O. J.): <http://www.buergerhaushalt-wuppertal.de/>, 10.09.2013.
- EXNER, ANDREAS/KRATZWALD, BRIGITTE (2012): Solidarische Ökonomie und Commons. Wien: Mandelbaum Verlag.
- FOODCOOPS (O. J.): <http://foodcoops.at>, 10.09.2013.
- HELFRICH, SILKE (2012): Gemeingüter sind nicht, sie werden gemacht. In: Helfrich, Silke/Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat. Bielefeld: Transcript Verlag, 85–91.
- KRATZWALD, BRIGITTE (2012): Commons und das Öffentliche. Wem gehören die öffentlichen Dienstleistungen? In: Helfrich, Silke/Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat. Bielefeld: Transcript Verlag, 79–84.

- LINEBAUGH, PETER (2008): *The Magna Carta Manifesto. Liberties and Commons for All*. Berkeley/Los Angeles/London: University of California Press.
- LUCARELLI, ALBERTO (2012): *Verso la democrazia del comune*. In: Cacciari, Paolo/Carestiato, Nadia/Passeri, Daniela (Hg.): *Viaggio nell'Italia dei beni comuni. Ressegna di gestioni condiverse*. Neapel: Marotta & Cafiero, 16–26.
- NUSS, SABINE (2006): *Copyright & Copyriot. Aneignungskonflikte um geistiges Eigentum im informationellen Kapitalismus*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- OSTROM, ELINOR (1999): *Die Verfassung der Allmende. Jenseits von Markt und Staat*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- SOLIDARISCHE LANDWIRTSCHAFT (o. J.): <http://www.solidarische-landwirtschaft.org>, 10.09.2013.